

Besseres Nichtwissen

Die offene Gesellschaft und ihre Expertenintellektuellen

Alexander Bogner

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »'Besseres Wissen' zwischen Abgrenzung und Öffnung. Wirkungen und Wandel des Wissens von Experten und Intellektuellen«

Am Beispiel von Experten und Intellektuellen wird im Folgenden die Frage verhandelt, wie heute noch der Anspruch auf besseres Wissen begründet werden kann. Die längste Zeit in der Menschheitsgeschichte hatte das bessere Wissen die Form der Offenbarung. Propheten, Schamanen, Sternendeuter, das waren die Träger besseren Wissens, und die Sorge richtet sich darauf, dieses charismatisch verbürgte Wissen zu tradieren und situationsadäquat zu interpretieren. Erst in der Neuzeit, mit dem Aufkommen der modernen Wissenschaft, ändert sich dies grundlegend. Ab jetzt gilt die Erwartung, dass das neue Wissen das erstrebenswerte, weil bessere Wissen ist. Seit dem 17. Jahrhundert beginnt sich das empirisch überprüfbare und experimentell bestätigte Wissen als Idealform besseren Wissens durchzusetzen.

Im Zuge der wissenschaftlichen Rationalismuskritik, sei es in der Form des frühen Kulturpessimismus, der Postmoderne oder des radikalen Konstruktivismus, im Zuge der zahlreichen Umwelt- und Technikkonflikte und nicht zuletzt mit dem Auftauchen von Gegenexpertinnen kommt der Anspruch auf besseres Wissen nachhaltig unter Druck. Und nicht nur das. In jüngster Vergangenheit ist auch auf politischer Ebene der Streit um besseres Wissen in einer überraschenden Schärfe entbrannt. Sei es die Evolutionsmystik der Kreationisten, der Verschwörungsglaube der sogenannten Klimaskeptiker oder die Überfremdungsrhetorik rechter Multikulturalisten: Fragen, die dank wissenschaftlicher Forschung längst entschieden schienen, werden heute neu aufgerollt, so als gäbe es keine Unterschiede zwischen Wissen und Meinen, Fakten und Vorurteilen.

Die Frage nach den Begründungsmöglichkeiten besseren Wissens ist also von eigenartiger Aktualität. Die Prämisse der folgenden Ausführungen lautet, dass eine Analyse der gesellschaftlichen Erwartungen an Expertinnen und Intellektuelle – den beiden herausragenden Repräsentanten besseren Wissens in der Moderne – Aufschluss darüber geben kann, auf welche Weise der Anspruch auf besseres Wissen heute noch überzeugend vertreten werden kann. Die zentrale These lautet, dass dieser Anspruch im Prinzip nur auf Basis eines deliberativen Repräsentationsstils glaubhaft gemacht werden kann, das heißt einer Repräsentation von Wissen, die den Dialog mit relevanten Gegenpositionen genauso einschließt wie die Thematisierung von Nichtwissen und Ungewissheit und die transparente Darstellung des Zustandekommens von Wissen. Ein solches Anforderungsprofil lässt Anschlussstellen zwischen der Sozialfigur des Experten und jener des Intellektuellen offensichtlich werden und begründet die Rede vom Expertenintellektuellen.

1 Die Geschichte der Intellektuellen ist eine Geschichte von Nachrufen auf den Intellektuellen

Zur selben Zeit, als Karl Mannheim die „sozial freischwebende Intelligenz“ als personifizierte Chance auf besseres, nämlich über allen Parteien und Interessen stehendes, Wissen identifizierte (Mannheim 1995), stimmte schon Julien Benda einen ersten Abgesang auf den Intellektuellen an. Mit Blick auf die politische Konstellation eines Zeitalters der Extreme, sah er den unbedingten Willen der Intellektuellen zum klaren politischen Bekenntnis als selbstzerstörerisch an (Benda 1988). Das Engagement für Mussolinis Faschismus oder die Sowjetunion galt ihm als Verrat an den universalistischen Werten, für die der Intellektuelle einzutreten hat. Darüber hinaus schien Benda mit dem beschleunigten technischen Zeitalter das Ende einer kontemplativen Existenzform gekommen, die für die bürgerliche Gesellschaft typisch gewesen war. Hier bildet sich bereits jene Basisunterscheidung heraus, die bald zum festen (Selbst-)Beschreibungsinventar der Intellektuellen gehören wird: die Intellektuelle als Exponentin aufklärerischen Rasonnements und Träger normativen Wissens; auf der anderen Seite, als Exponent der technischen, innovationsfixierten Zivilisation, der Experte, ein Träger deskriptiven Wissens.

Bekanntermaßen war es damit der Nachrufe auf den Intellektuellen nicht genug. Joseph Schumpeter prognostizierte in den 1940er Jahren – mit Blick auf die mangelnde Absorptionsfähigkeit des Marktes für eine wachsende Bildungselite – die Entstehung eines hochgebildeten Prekariats, das seine Berufung in unablässiger Gesellschaftskritik findet (Schumpeter 1993). Die bürgerliche Gesellschaft, so die Erwartung des Ökonomen, werde im Zuge der Bildungsexpansion beständig für eine Erneuerung dieses kritischen Potenzials sorgen. Lewis Coser hingegen diagnostizierte nur kurz darauf das Ende des kritischen Intellektuellen, und zwar aufgrund übermäßiger Bürokratisierung der Universitäten und zunehmend spezialisierter Fachkulturen (Coser 1965).

Während Foucault Mitte der 1970er Jahre noch hoffnungsfroh vom „spezifischen Intellektuellen“ sprach, der für ihn im Typus Robert Oppenheimer die geglückte Einheit von Wissen und Gewissen repräsentierte (Foucault 2003), präsentierte Russel Jacoby seinen Lesern bereits den „letzten Intellektuellen“, und er ging davon aus, dass dies die um 1920 Geborenen sind, Leute wie Noam Chomsky, Daniel Bell, David Riessman und C. Wright Mills. Die Generationen ab 1940, so behauptet er, seien für diese Rolle komplett ausgefallen (Jacoby 1987).

2 So einmütig der Abgesang auf die Intellektuellen, so vielfältig sind die Gründe

In der Literatur findet sich eine ganze Reihe von Begründungen für die These vom Ende des Intellektuellen. Drei der wichtigsten Argumentationen werden im Folgenden kurz dargestellt. Sie verweisen auf die Krise linker Gesellschaftskritik (2.1.), auf den Strukturwandel der (digitalisierten) Öffentlichkeit (2.2.) und schließlich auf die fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung innerhalb der Wissenschaften (2.3), sprich: auf den Aufstieg des Experten.

2.1 Das Ende der Utopie und die Pflicht zum Argument

Mit dem Ausfall aller geschichtsphilosophisch sanktionierten Erlösungsgarantien hat sich der legendäre „Geist der Utopie“ erschöpft; „to make the world a better place“ ist heute leicht erkennbar keine politische Verheißung mehr, sondern ein Spruch aus der Pharma-Werbung. Der landläufige Anspruch

der Intellektuellen, Kollektivsubjekte zu repräsentieren, die universelle Werte verkörpern, verliert vor diesem Hintergrund an Plausibilität. Dass die Intellektuellen im Rahmen ihrer universalistischen Mission immer auch im eigenen Interesse sprechen, hat bereits Alvin Gouldner thematisiert. Schließlich liegen die Interessen des jeweiligen kollektiven Erlösungssubjekts ja nicht einfach vor, sondern müssen erst einmal definiert und interpretiert werden (Gouldner 1980).

Nur unter den Bedingungen politischer Eindeutigkeit, so hat Lyotard argumentiert, kann der Intellektuelle überleben (Lyotard 2007). Denn sein Engagement setzt voraus, dass die Subalternen ausschließlich als Opfer von Unterdrückung gesehen werden und die Unterdrücker nur als Unterdrücker. Das heißt, es ist letztlich ein gesellschaftlich hegemonialer Wertekonsens, der der Kritik der Intellektuellen ihren Stachel verleiht.

Niemand hat diesen engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wertekanon und legitimer Intellektuellenkritik schärfer gesehen als Rainer Lepsius. Der Intellektuelle, so Lepsius (1990), kritisiert nicht konkretes, institutionalisiertes Verhalten (da würde ihm die Kompetenz abgesprochen), sondern er kritisiert mit Bezug auf Werte, über deren Gültigkeit als Leitbild sozialen Handelns in der Gesellschaft Konsens besteht. Die Legitimität der (notwendigerweise) inkompetenten Intellektuellenkritik hängt vom Geltungsstatus jener allgemeinen Werte ab, deren Realisierung der Intellektuelle einmahnt. Mit anderen Worten: Noch die bissigste Kritik, die sich selbst in einem unversöhnlichen Gegensatz zur Gesellschaft versteht, muss sich letztlich auf gesellschaftlichen Konsens verlassen. Die Intellektuelle ist also in der Gesellschaft gut aufgehoben. Sie verkörpert eine sozial integrierte Kritik, eine Kritik, die sich gerade bei allergrößtem Dissens auf das gemeinsam Geteilte beruft (etwa elementare Menschen- und bürgerliche Freiheitsrechte). Letztlich wäre anders auch gar nicht vorstellbar, dass Kritik gesellschaftlich wirksam werden könnte.

Unter den Bedingungen einer politischen Eindeutigkeit und eines stabilen Wertekonsenses ergibt sich für den Intellektuellen ein verringerter Zwang zur Detaillierung seiner Argumentation: Sartre muss sein Engagement im Algerienkrieg nicht dadurch absichern, dass er erklärt, inwiefern der algerische Befreiungsnationalismus und der eigenartige Islamo-Sozialismus der FLN eine Chance auf Demokratisierung eröffnen sollen. Foucault muss sich nicht mit Übergriffen von Strafgefangenen auf das Gefängnispersonal auseinandersetzen, weil selbst ihm – dem Kritiker des intellektuellen Prophetenhabitus – von vornherein klar scheint, wer die Opferrolle hat und gegen wen man Partei ergreifen muss.

Was wir in zeitdiagnostischer Absicht Werteppluralismus nennen oder „neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas), äußert sich in politischen Streitfragen als Detaillierungszwang. Die Intellektuellen sehen sich in gesteigertem Maße gezwungen, ihre Anklagen unter Rekurs auf entsprechendes Expertenwissen zu argumentieren, um den konkreten Streitgegenstand auf nachvollziehbare und überzeugende Weise mit den entsprechenden gesellschaftlichen Basiswerten zu verknüpfen.

2.2 Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Der Aufstieg des Intellektuellen hängt nicht zuletzt mit der Herausbildung einer bürgerlichen Öffentlichkeit zusammen. Salons, Kaffeehäuser, Journale und andere „free market places of ideas“, wie Coser (1965) es nennt, bieten einen Resonanzraum, in dem die freie Rede geschützt ist und aufgeklärte Bürger wie auch Intellektuelle ihren Raum finden.

Die Pluralisierung der Medien im weiteren Verlauf führt allerdings zu einer Fragmentierung der Öffentlichkeit, wobei dieser Trend gegenwärtig durch die Digitalisierung noch verstärkt wird. Auf individuelle Präferenzen abgestimmte Informationsangebote führen dazu, dass abweichende Meinungen erst gar nicht mehr ins Bild bzw. auf den Bildschirm kommen. Die Debatte verästelt und zersplittert sich in diverse Suböffentlichkeiten oder Subkulturen, die keine Notiz voneinander nehmen. Die Rede

ist deshalb schon von einer „Cyberbalkanisierung“ (Putnam) der Kommunikation im Zeitalter des Internet. Die Meinungsvielfalt und eine lebendige Debattenkultur scheinen bedroht, weil letztlich nur noch abgeschottete Milieus miteinander kommunizieren.

Im Zuge verstärkter Medienkonkurrenz steigert sich der Zwang zur Aufmerksamkeitsbindung. Im Vordergrund steht der Sensations- oder Unterhaltungswert; leichte Verständlichkeit ersetzt die langatmige Analyse. Axel Honneth zufolge bringt dieser Prozess Intellektuelle und das Projekt der Gesellschaftskritik in einen Gegensatz (Honneth 2002). Im Kampf um Aufmerksamkeit hat der Intellektuelle strategisch abzuschätzen, welche seiner Argumente und Standpunkte medial anschlussfähig sind. Eine grundsätzliche Problematisierung von gängigen Problembeschreibungen, von nicht mehr weiter hinterfragten Routinen und Institutionen findet nicht mehr statt. Das heißt: Im Zeitalter des „normalisierten Intellektuellen“, wie Honneth den kleinformatigen politischen Kommentator unserer Tage nennt, scheint sich Gesellschaftskritik zu einer – wie schon zu Horkheimers Zeiten – wirklich kleinen Gruppe unerschrockener Intellektueller zu flüchten, die aufgrund einer gelungenen Mischung von Distanzierung und Engagement etablierte Beobachtungsformen und Weltansichten in Frage stellen. Intellektuelle hingegen, die im heutigen Medienbetrieb mithalten können, gelten weithin als verdächtig. Mit deutlicher Geringschätzung wird darum in der Soziologie vom „Medienintellektuellen“ gesprochen (Moebius 2010).

2.3 Differenzierung und Spezialisierung

Talcott Parsons hat schon in den 1950er Jahren darauf hingewiesen, dass dem Intellektuellen mehr als alles andere die gesteigerte Nachfrage nach Spezialwissen im Kontext gesellschaftlicher Differenzierung zusetzt. Mit der Ausdifferenzierung eigenlogischer Handlungssphären wird funktionsspezifische Expertise zum Ausweis wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und die weitausgreifende Zeitdiagnose zum Ausweis des Dilettantismus. Der universelle Intellektuelle, der „guardian of ‚general culture““ (Parsons 1959: 494), gerät unter Druck.

Als zusätzliche Bürde erweist sich heute der institutionelle Funktionskontext der Intellektuellen. Der bedeutendste institutionelle Ort der Intellektuellen ist die Universität. Sie ermöglicht freien Meinungsaustausch in einem intellektuell anregenden Milieu und sichert obendrein die finanzielle Entlohnung von Intellektualität. Die zunehmende Zersplitterung der Wissenschaft in Disziplinen und Subdisziplinen, der zunehmende Zwang zum akademischen Unternehmertum vor dem Hintergrund einer Projektifizierung der Forschung, die zunehmende Abschottung von der Öffentlichkeit, die bürokratischen Zwänge (Selbstverwaltung, Lehrbelastung) sowie die auf Standardisierung basierenden Reputations- und Anerkennungspolitiken bringen den Intellektuellen zum Verschwinden. So hat Frank Furedi zuletzt argumentiert (Furedi 2005).

Sollte diese Diagnose tatsächlich zutreffen, dann müssten wir damit rechnen, in der Universität nicht länger auf Intellektuelle zu stoßen. An ihrer Stelle sitzen heute ängstliche, auf ihre Karriere versessene, jargonbesessene Hörsaalexpertinnen, die von Leistungsvereinbarungen gequält und von Evaluierungsgremien vor sich hergetrieben werden; Leute, denen es nicht auf Intellektualität sondern ihren Marktwert ankommt; die sich professionell verhalten und es allen Recht machen wollen. Man könnte vielleicht etwas boshaft schlussfolgern: Wir treffen also auf den ganz normalen Professor in unserer W-Besoldungsära.

3 Intellektuelle und Expertinnen als Charismatiker und Ingenieure des Wissens

Wenn uns die Intellektuellen nicht lieb und teuer wären, gäbe es nicht so viele Warnungen vor deren Aussterben. Intellektuelle – und gerade auch Medienintellektuelle wie Sloterdijk und Precht – werden immer Konjunktur haben, auch wenn wir die Attitüde des Intellektuellen eigentlich eher peinlich finden. Georg Vobruba hat diese anhaltende Konjunktur mit der Modernität des Intellektuellen in Verbindung gebracht (Vobruba 2009). Intellektuelle repräsentieren den typisch modernen Glauben an die Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, und sie sind für demokratische Gemeinwesen unentbehrlich, weil sie Debatten anstoßen und damit Prozesse öffentlicher Verständigung erzwingen. Seien wir ehrlich: Gerade in unserer gegenwärtigen Zeit eines politischen Neo-Biedermeier fehlen sie uns.

Andererseits erscheint uns die Figur des Intellektuellen aufgrund seiner Nähe zum Propheten doch reichlich unzeitgemäß. Ob wir es uns eingestehen oder nicht: Wir hegen ein tiefes Unbehagen gegenüber Leuten, die als Sinnstifter und Weltendeuter auftreten. Aber warum eigentlich? Aus soziologischer Perspektive kann die Antwort nur lauten: Dieses Unbehagen resultiert aus unserer Skepsis gegenüber dem Modell einer einheitlichen Repräsentation, denn dieses hat sich in vielen Gesellschaftsbereichen überlebt. So ist an die Stelle der Monarchie die Herrschaft der Vielen getreten, an die Stelle der Staatsreligion der Wertpluralismus, an die Stelle der Kernfamilie eine bunte Vielfalt von Lebensformen und an die Stelle des Propheten eine Unmenge an Lifestyle-Gurus und Glücksratgebern. Man fragt sich fast: Wie konnte die Figur des Intellektuellen im 20. Jahrhundert so lange überleben?

In jedem Fall wird es vor diesem Hintergrund schwierig, im Fall des Intellektuellen an die geglückte Einheit von Wissen und Gewissen zu glauben. Die normative bzw. charismatische Vertretung des Anspruchs auf besseres Wissen scheint sich überholt zu haben. Denn tatsächlich kommt beim Intellektuellen – was immer er an Spezialwissen und nachvollziehbaren Kompetenzen hat – immer ein ganz persönliches Moment ergänzend dazu: seine Präsenz und der Zauber seiner gewagten Worte, seine Authentizität und eine Aura, die sich nicht selten auf biographische Aspekte stützt, auf seine persönliche Geschichte, die oft mit großen historischen Momenten verknüpft ist: seinem Wirken in der Resistance, im revolutionären Kuba, im arabischen Frühling oder im Deutschen Herbst. Manchmal profitiert man auch einfach nur davon, Assistent Adornos oder Schüler Heideggers gewesen zu sein.

Der Experte hingegen erscheint weniger als Wissenscharismatiker, denn als Ingenieur, der ein methodisch erzeugtes Wissen in gleichsam technischer Weise in konkrete Problemkontexte übersetzt und anwendet. In der klassischen Wissenssoziologie, etwa bei Schütz, wird das bessere Wissen, also das Expertenwissen, ganz klassisch über eine Differenzierung von Wissensformen bestimmt. Entgegen dem diffusen, nicht-reflektierten Allgemein- oder Alltagswissen, das seine Relevanzen von außen auferlegt bekommt, operiert der Experte mit komplex integrierten Wissensbeständen, die ihrem Inhalt, ihrer Struktur und Funktion nach als „Sonderwissen“ gekennzeichnet werden. „Das Wissen des Experten ist auf ein beschränktes Gebiet begrenzt, aber darin ist es klar und deutlich. Seine Ansichten gründen sich auf gesicherte Behauptungen; seine Urteile sind keine bloße Raterei oder unverbindliche Annahmen.“ (Schütz 1972: 87)

Schütz hat bereits gesehen, dass die Expertin, die sich ausschließlich im Relevanzsystem der durch die Wissenschaft vorgegebenen Fragen und Probleme bewegt, den unreflektierten Laien, dem „Menschen auf der Straße“, gar nicht so unähnlich ist. Während allerdings diese uninformierte Bürgerin aufgrund mangelnden Wissens ihren Relevanzen naiv gegenüber steht, ergibt sich dies bei der Expertin aufgrund eigener Entscheidung. So ist der Experte bei Schütz ganz traditionell durch seine souve-

räne Verfügung über sicheres und transparentes Wissen charakterisiert – einerseits. Andererseits wird im rationalen Abwägen widerstreitender Expertenmeinungen durch den gut informierten Bürger eine neue Form des Umgangs mit Wissen und Wissenschaft offenbar. Der kritische Umgang mit Expertenwissen durch den reflektierten Laien verweist bereits auf das Brüchigwerden des Experten als eines objektiven und neutralen Sachwalters der Wahrheit.

Die kulturkritisch-konservativ gestimmte deutsche Soziologie hat die Differenz zwischen Experten und Intellektuellen zu einer scharfen Entgegensetzung zwischen produktivem und destruktivem Geist überhöht. Arnold Gehlen etwa zeichnet das Verhältnis von Experten und Intellektuellen als einen Kampf zweier Geistesaristokratien (Gehlen 1978). Experten gestalten; das sind die Techniker, die Führungskräfte in Handel, Gewerbe und Industrie, die Facharbeiter und Meister. Experten sind Praktiker, die die Dinge in Gang halten und in den Institutionen etabliert sind. Gehlen denkt da an Abgeordnete, Richter, Arbeitgeber oder Gewerkschaftsvertreter. Intellektuelle hingegen betreiben eine verantwortungsbefreite Kritik. Sie erheben einen Herrschafts- und Gestaltungsanspruch, doch dieser läuft in der modernen, durch das eindimensionale Fortschrittsideal still gestellten, „kristallisierten“ Gesellschaft leer. Deshalb, so Gehlen (1978: 278), die „endlose, bohrende Kritik derjenigen, die kein Trittbrett auf dem babylonischen Turm finden.“

Es ist ein bisschen paradox: Indem die Intellektuellen den Experten ein eindeutiges, überlegenes Problemlösungswissen zuschreiben (bei Gehlen und Schelsky nicht zuletzt zu dem Zweck, um die Wissensansprüche der Intellektuellen als weltanschauliches Gewäsch zu denunzieren), entwickelt sich eine ewige Angst der Intellektuellen vor der Expertenherrschaft, wie sie sich beispielhaft in der Technokratiedebatte artikuliert. Virulent war die Erwartung, dass eine neue Klasse von Wissensingenieuren die Gesellschaft nach Maßgabe ihrer Relevanzvorstellungen steuern würde.

4 Jenseits der Konsensillusion: Neue Anforderungen an besseres Wissen

Die öffentliche Sensibilität für eine drohende Expertokratie ist nach wie vor sehr groß. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um Politikberatung und gerade um Politikberatung in heiklen Wertfragen geht. Deshalb gingen vor einigen Jahren, anlässlich der Gründung des Deutschen Ethikrats die Emotionen hoch, von einer Entparlamentarisierung der Politik war die Rede, nicht nur im Feuilleton (Schüttemeyer 2009).

In unserem Zusammenhang ist nun interessant, dass Expertengremien wie der Deutsche Ethikrat keineswegs den Aufstieg der Expertokratie, sondern vielmehr einen neuartigen Erwartungshorizont mit Blick auf die Repräsentation von Wissen repräsentieren: Auffällig ist, dass der Dissens der Experten hochgeschätzt wird und ganz offensichtlich als legitim gilt. In § 4 des Ethikratgesetzes heißt es: „Im Deutschen Ethikrat sollen unterschiedliche ethische Ansätze und ein plurales Meinungsspektrum vertreten sein.“ Das heißt: Die Anerkennung des moralischen Pluralismus ist die ideelle Voraussetzung der Einrichtung solcher Gremien. Der Deutsche Ethikrat symbolisiert bereits qua seiner bloßen Existenz eine gewisse gesellschaftliche Distanz gegenüber dem Glauben an überlegenes einstimmiges Expertinnenwissen. Andernfalls würde es eine Institution in dieser Form gar nicht geben.

In der Praxis realisiert sich diese Anerkennung des Dissenses in Beratungsleistungen, die in die Form von Optionen gekleidet sind. Weil man nicht länger von der Möglichkeit eines Konsenses bzw. eines „one best way“ der Problemlösung ausgeht, ergibt sich die Möglichkeit oder der Zwang, in Alternativen zu formulieren. Rund um liberal-pragmatisch orientierte oder kategorial-restriktive Positionen

bilden sich im Zuge der Deliberation dann entsprechende Koalitionen innerhalb des Beratungsgremiums; die offiziellen Stellungnahmen bündeln den gremieninternen Dissens und versorgen die Politik bei den wirklich strittigen Fragen mit einer knappen Handvoll rational begründeter, aber weltanschaulich divergierender Empfehlungen (Bogner 2011).

Man mag einwenden: Nun ja, so ist das halt in Wertfragen, wenn es um Abtreibung, Sterbehilfe oder die Präimplantationsdiagnostik geht. Die Entscheidungsfindung in normativen Fragen kann nicht durch Expertenwissen vorweggenommen werden. Wertfragen fördern und fordern Deliberation und Beteiligung. Aber ist die Situation in Wissensfragen grundsätzlich anders? Ist es in Fällen wie dem Klimawandel oder dem Streit die Risiken der Handystrahlung, also in Fällen, die sich durch epistemische Unsicherheit, aber auch durch Wertedivergenzen auszeichnen, nicht ebenfalls angeraten, in „Wenn-Dann“-Relationen zu formulieren?

Roger Pielke hat argumentiert, dass politisch autoritativer Expertenkonsens nur in seltenen Fällen als legitim gilt (Pielke 2007). Solche Fälle sind extreme Risikosituationen wie zum Beispiel Tornados. Zieht ein Tornado heran, sind sich alle einig, was sie wollen, nämlich nicht sterben. Mit anderen Worten: Es existiert ein gemeinsam geteilter Wert (Überleben sichern); strittig ist nur der Weg zur effizienten Realisierung dieses Ziels. Entsprechende Zeitknappheit vorausgesetzt, können derartige Risiko- bzw. Wissensprobleme expertokratische Lösungen legitimieren. In vielen Fällen beobachten wir jedoch heute, dass der Anspruch auf besseres Wissen nicht länger mittels Verknappung verteidigt werden kann – sei es in zeitlicher Hinsicht durch die Konstruktion eines Notfalls oder in sozialer Hinsicht durch die Organisation eines Konsenses. Dies wird in eindrucksvoller Weise in der Kritik an der Wissenspolitik des IPCC, des Weltklimarats, deutlich.

Der Weltklimarat ist das zentrale UN-Beratungsgremium zur Vorbereitung und Legitimation klimapolitischer Maßnahmen. Zwecks politischer Resonanz versucht der IPCC eine solide und weitgehend konsensuelle Wissensbasis über das Risiko eines human-induzierten Klimawandels zu schaffen (Yohe und Oppenheimer 2011). Nun ist klar, dass Expertise über ein derart globales und komplexes Phänomen nicht allein auf kanonischem Wissen beruht, sondern ebenso auf Modellen, Szenarien, Extrapolationen. Der IPCC hat darum längst gelernt, Unsicherheiten zu thematisieren. Jedoch: Diese Unsicherheiten werden in den bisherigen Berichten nicht zum Ansatzpunkt für eine offene Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Gegenpositionen; sie werden vielmehr aufgefangen und neutralisiert, indem man einen Expertenkonsens über die Wahrheitswahrscheinlichkeit wissenschaftlicher Aussagen herstellt. Greifbar wird dies in Formulierungen wie „Es ist sehr wahrscheinlich, dass...“ oder „Es besteht hohe Übereinstimmung darin, dass...“. Das Konsens-Modell der Politikberatung stellt den Versuch dar, das Wahrheits-Modell auf niedrigerem Niveau zu retten. Der Konsens namhafter Forscher dient als Näherungswert für die möglicherweise nie ganz eruierbare Wahrheit (Van Der Sluijs 2012).

Angesichts der allgemeinen Erwartung, dass die Wissenschaft in derart komplexen Fragen doch wohl nicht mit einer Stimme sprechen könne (Stichwort: generalisierte Dissenserwartung), wird der leere Platz der Gegenexperten zum Teil recht erfolgreich durch die sogenannten Klimaskeptiker besetzt. Das Ergebnis ist eine Politisierung von Klimaexpertise wider Willen: Mithilfe des Konsens-Modells versucht man gerade die Politik herauszuhalten, aber die kommt durch Verdacht auf Unterschlagung des Dissenses wieder zurück (zum Teil eben in der Form einer reaktionären Wissenschaftskritik).

Offensichtlich sind also einige der Probleme, mit denen der Weltklimarat zu kämpfen hat, in seinem unzulänglichen Umgang mit dem Dissens begründet. Um den Anspruch auf besseres Wissen erfolgreich zu verteidigen, müsste der IPCC – ähnlich wie die Ethikräte – konstruktiv mit dem Expertendissens umgehen. Konkret könnte dies heißen, dass man in der Zusammenfassung der umfangreichen Sachstandsberichte eine Skizze zu relevanten und diskussionswürdigen Minderheitenpositionen lie-

fert. Gleichzeitig sollte man auch dokumentieren, wie die eigenen Tatsachenbehauptungen und Einschätzungen im Einzelnen zustande gekommen sind, welche Forschungen und Studien berücksichtigt wurden und warum andere nicht usw. Nur auf diese Weise ist eine kontroverse Auseinandersetzung über Expertenwissen in Ungewissheitszonen möglich, ohne etablierte Rationalitätsstandards zu unterlaufen.

5 Expertenintellektuelle und die deliberative Repräsentation von Wissen

Mit Blick auf die Beratungspraktiken von Expertinnen und die Kritik am Intellektuellen lassen sich gegenwärtige Ansprüche an besseres Wissen rekonstruieren. Im Zeitalter von Gegenexpertise und „Citizen Science“, von heterogenen Wahrheitsansprüchen und auch teilweise pauschaler Wissenschaftskepsis, lässt sich besseres Wissen nicht länger autoritativ verteidigen, sei es durch den Verweis auf Alternativlosigkeit und effizientes Funktionieren (Experten), sei es durch das Kurzschließen von Wahrheit und Richtigkeit (Intellektuelle). Besseres Wissen lässt sich nicht einfach verteidigen, indem man auf dessen institutionelle Herkunft (renommierte Forschungsinstitute) oder dessen epistemische Qualitäten (Objektivität) verweist. Die Plausibilisierung von Wissensansprüchen scheint heute eher dadurch zu gelingen, dass man über den Prozess des Zustandekommens von Wissen aufklärt, die Grenzen des Wissens mitreflektiert und deutlich macht, auf Basis welcher Unklarheiten entschieden werden muss. Wer immer den Anspruch auf besseres Wissen vertritt, muss Alternativen berücksichtigen, konstruktiv mit Widerspruch umgehen und dialogbereit sein.

Die Pluralisierung von Kritik und das „Ende der Utopie“, konkurrierende Expertise und die Öffnung der Wissenschaft für Partizipationsansprüche aus der Zivilgesellschaft verweisen auf die Grenzen einer charismatischen bzw. autoritativen Wissenspolitik. Weil außerhalb einer sehr engen Fachgemeinde niemand die Wissensansprüche von Experten und Intellektuellen aus erster Hand beurteilen kann, treten Aspekte wie Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in den Vordergrund. Glaubwürdigkeit aber stellt sich auf epistemischer Ebene am Ehesten durch den Rekurs auf Prinzipien her, die mit dem Selbstverständnis offener, pluralistischer Gesellschaften konvergieren. Gesellschaftliche Anerkennung erringt besseres Wissen heute daher durch die selbstkritische Auseinandersetzung mit alternativen Paradigmen innerhalb der Wissenschaft, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die – etwa in Form von Patientengruppen oder Umweltaktivisten – alternative Wissensformen repräsentieren. Dementsprechend funktionieren Intellektuelle und Experten heute nicht mehr als kollektive Sinnstifter bzw. als „Gesetzgeber“ (Bauman 1987), die aufgrund eindeutig überlegenen Wissens die Politik steuern. Solange besseres Wissen und Weltverbesserung (Fortschritt, Emanzipation) in eins gesetzt wurden, war die Rolle des Gesetzgebers legitim. Wenn diese enge Verknüpfung jedoch aufbricht, ändern sich zwangsläufig die Bezugspunkte der Legitimation.

Die hier vertretene These lautet: Der normative Repräsentationsstil von Wissen, wie er sich idealtypisch im universellen Intellektuellen bzw. im technokratischen Experten verkörpert, wird in der hochgradig differenzierten und pluralistischen Gesellschaft durch einen deliberativen Repräsentationsstil abgelöst. Dieser neue Repräsentationsstil verkörpert sich in der Figur des Expertenintellektuellen (Carrier 2007). Aus unserer Perspektive bezeichnet der Begriff des Expertenintellektuellen eine Sozialfigur, die gewissermaßen die neuen gesellschaftlichen Erwartungen an besseres Wissen repräsentiert. Mit Blick auf die Kritik am IPCC und die sehr rasch abgeebbte Kritik an der Arbeit des Deutschen Ethikrats lassen sich diese Erwartungen genauer bestimmen. Es geht in erster Linie um einen reflexiven

Umgang mit Ungewissheit und Nichtwissen, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Darstellung der eigenen Ergebnisse und nicht zuletzt um einen sorgsamsten Umgang mit Minderheits- und Außenseiterpositionen, sofern sich diese dem rationalen Diskurs nicht verschließen.

Der Expertenintellektuelle versteht sich nicht als Gesetzgeber oder als höhere Legitimationsinstanz politischer Entscheidungen, sondern als Entwickler von Politikoptionen, als Vermittler zwischen divergierenden Wissens- oder Wertsystemen. Anders als der klassische Intellektuelle legitimiert sich die Expertenintellektuelle durch ihr Expertinnenwissen, ohne – wie die klassische Expertin – in enger Weise auf technische Problemlösung fokussiert zu sein. Der Expertenintellektuelle versteht sich ebenso sehr als Initiator und Moderator von öffentlichen Debatten. Typischerweise tritt er als Mitglied eines Kollektivs in Erscheinung, als Vertreter einer „epistemic community“, einer Fachrichtung, eines Paradigmas. Jene disziplinär und weltanschaulich bunt zusammengesetzten Expertinnengremien wie die (trans-)nationalen Ethik- oder Umwelträte repräsentieren eine institutionalisierte Form der gesellschaftlichen Anerkennung von Dissens und Pluralismus. Natürlich gibt es nach wie vor Expertengremien, die im Glauben an absolute Wahrheit (Holismus) bzw. in der Hoffnung auf Konsens gegründet werden. Aber das sind, sofern die hier vertretene These schlüssig ist, Nachzügler der Geschichte.

In der offenen Gesellschaft, aber das ist vielleicht auch gar nicht überraschend, scheint der Anspruch auf besseres Wissen nur liminal, also über den Umweg eines reflektierten Umgangs mit Nichtwissen und Dissens realisierbar zu sein. Freilich sind all diese Beobachtungen zur Ablösung traditioneller Repräsentation von Wissen nicht als Plädoyer für eine Art Multikulturalismus in epistemischen Dingen zu verstehen. Die kritiklose Verherrlichung der Vielfalt, die noch aus Baumans Figur des „Interpreters“ (Bauman 1987) spricht, spiegelt den Bewusstseinsstand der 1980er Jahre. Heute stellt sich die Frage nach dem besseren Wissen in einem historischen Kontext, der den politischen Charakter dieser scheinbar wissenschaftsinternen Frage grell herausstreicht. Im Kontext gegenwärtiger Konflikte, die als Kontroversen um das bessere Wissen ausgetragen werden, muss die Basisfrage nach der Begründbarkeit von Hierarchien – etwa zwischen Experten und Laien, wissenschaftlicher Evidenz und bloßer Esoterik – neu aufgerollt werden. Dabei kann sich eine kritische Bestimmung der Begründbarkeit besseren Wissens nicht darauf beschränken, den normativen Repräsentationsstil zurückzuweisen; sie hat selbstverständlich auch die Fallstricke eines deliberativen Repräsentationsstils zu reflektieren.

Literatur

- Bauman, Z. 1987: Legislators and interpreters. On modernity, postmodernity and intellectuals. Cambridge: Polity Press.
- Benda, J. [1927] 1988: Der Verrat der Intellektuellen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Bogner, A. 2011: Die Ethisierung von Technikkonflikten. Studien zum Geltungswandel des Dissenses. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Carrier, M. 2007: Engagement und Expertise: Die Intellektuellen im Umbruch. In M. Carrier, J. Roggenhofer (Hg.), Wandel oder Niedergang? Die Rolle der Intellektuellen in der Wissensgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Coser, L. A. 1965: Men of ideas. A sociologist's view. New York: Free Press.
- Foucault, M. 2003: Die politische Funktion des Intellektuellen. In M. Foucault (Hg.), Schriften. Dritter Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 145–152.
- Furedi, F. 2005: Where have all the intellectuals gone? London: Continuum.

- Gehlen, A. 1978: Die Chancen der Intellektuellen. In A. Gehlen (Hg.), Einblicke. Gesamtausgabe, Band 7. Frankfurt am Main: Klostermann, 267–278.
- Gouldner, A. 1980: Die Intelligenz als neue Klasse. 16 Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Honneth, A. 2002: Idiosynkrasie als Erkenntnismittel. Gesellschaftskritik im Zeitalter des normalisierten Intellektuellen. In H. Münkler, M. Llanque, C. K. Stepina (Hg.), Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert. Berlin: Akademie Verlag, 241–252.
- Jacoby, R. 1987: The last intellectuals. American culture in the age of academe. New York: Basic Books.
- Lepsius, M. R. 1990: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In M. R. Lepsius (Hg.), Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lyotard, J.-F. [1983] 2007: Grabmal des Intellektuellen. Wien: Passagen.
- Mannheim, K. [1929] 1995: Ideologie und Utopie. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Moebius, S. 2010: Der Medienintellektuelle. In S. Moebius, M. Schroer (Hg.), Diven, Hacker, Spekulanten. Sozialfiguren der Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Parsons, T. 1959: Comment on "American intellectuals: Their politics and status". Daedalus, Vol. 88, No. 3, 493–495.
- Pielke, R. A. 2007: The honest broker. Making sense of science in policy and politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schumpeter, J. A. [1942] 1993: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Stuttgart: UTB.
- Schüttemeyer, S. S. 2009: Deparliamentarisation: How severely is the German Bundestag affected? German Politics, Vol. 18, No. 1, 1–11.
- Schütz, A. 1972: Der gut informierte Bürger – Ein Versuch über die soziale Verteilung des Wissens. In A. Brodersen (Hg.), Alfred Schütz: Gesammelte Aufsätze, Band 2. Den Haag: Nijhoff.
- Van der Sluijs, J. P. 2012: Uncertainty and dissent in climate risk assessment: A post-normal perspective. Nature and Culture, Vol. 7, Issue 2, 174–195.
- Vobruba, G. 2009: Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Yohe, G., Oppenheimer, M. 2011: Evaluation, characterization, and communication of uncertainty by the intergovernmental panel on climate change – an introductory essay. Climatic Change, Vol. 108, Issue 4, 629–639.